

Themenblätter im Unterricht

Frühjahr 2003_Nr. 24

17. Juni 1953

und Herbst '89

bpbb
Bundeszentrale für
Politische Bildung

HAUPTBAHN

Staat. Gesellschaft. Wirtschaft. Internationales. Ethik.

Seite 3 – 4	Anmerkungen für die Lehrkraft
Seite 6 – 62	26 Arbeitsblätter im Abreißblock zum Thema: <i>17. Juni 1953 und Herbst '89</i>
Seite 63	Literaturhinweise und Internetadressen
Seite 64	Timer-Bestellung

Bestellcoupon auf S. 63/64

Zum Autor:



Dr. Eckart Thurich, geboren in Berlin, war Hauptseminarleiter am Staatlichen Studienseminar in Hamburg und bildete dort Lehrerinnen und Lehrer aus. Veröffentlichungen: u.a. Thema im Unterricht Nr. 2: Parteien, Bürger und Wahlen (Neudruck 2000); Nr. 6: Bund und Länder (vergr.); Nr. 10: Die öffentliche Meinung (1997), Nr. 12: Nahaufnahme Bundestag (Neudruck 2000); Informationen zur politischen Bildung Nr. 232 und 233 zur Teilung Deutschlands; Pocket Politik; außerdem verschiedene Schulbücher.

Lieferbare Ausgaben der Themenblätter (auch online):

→ www.bpb.de (unter „Publikationen“ oder unter „Methodik und Didaktik“).

- Nr. 1: Menschliche Embryonen als Ersatzteillager? Bestell-Nr. 5.351
- Nr. 2: Die Ökosteuer in der Diskussion Bestell-Nr. 5.352
- Nr. 3: Was wissen Sie eigentlich vom Bundestag?/Was aus unserem Bundesstaat werden könnte und was nicht (vergriffen; nur noch online)
- Nr. 4: Demokratie: Was ist das?
- Nr. 5: Fleischkonsum und Rinderwahn Bestell-Nr. 5.355
- Nr. 6: Deutschland, deine Inländer Bestell-Nr. 5.356
- Nr. 7: Neuer Markt: Internet und Copyright Bestell-Nr. 5.357
- Nr. 8: Zivilcourage: Eingreifen statt zuschauen! Bestell-Nr. 5.358
- Nr. 9: Pop und Politik Bestell-Nr. 5.359
- Nr. 10: Wer macht was in Europa? Bestell-Nr. 5.360
- Nr. 11: Geben und Nehmen im Bundesstaat Bestell-Nr. 5.361
- Nr. 12: Krieg oder Frieden? Bestell-Nr. 5.362
- Nr. 13: Terror und Rechtsstaat Bestell-Nr. 5.363
- Nr. 14: Erinnern und Verschweigen Bestell-Nr. 5.364
- Nr. 15: Die Osterweiterung der Europäischen Union Bestell-Nr. 5.365
- Nr. 16: Mobbing Bestell-Nr. 5.366
- Nr. 17: Religion und Gewalt Bestell-Nr. 5.367
- Nr. 18: Schule und was dann? Bestell-Nr. 5.368
- Nr. 19: Familie und Frauen-Rollen Bestell-Nr. 5.369
- Nr. 20: Der Bundestag – Ansichten und Fakten Bestell-Nr. 5.370
- Nr. 21: Hotel Mama – oder die Kunst erwachsen zu werden Bestell-Nr. 5.371
- Nr. 22: Lust auf Lernen Bestell-Nr. 5.372
- Nr. 23: Koalieren und Regieren. Bestell-Nr. 5.373
- Nr. 24: 17. Juni 1953 und Herbst '89. Bestell-Nr. 5.374
- Nr. 25: Heimat ist, wo ich mich wohlfühle. Bestell-Nr.: 5.375
- Nr. 26: Bevölkerungsentwicklung und Sozialstaat. Bestell-Nr.: 5.376
- Nr. 27: Aktien – Chancen und Risiken. Bestell-Nr. 5.377
- Nr. 28: Globalisierung – Ängste und Kritik. Bestell-Nr. 5.378

Impressum

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn
E-Mail der Redaktion: moeckel@bpb.de
www.bpb.de

Autor: Eckart Thurich, Hamburg
Redaktion: Iris Möckel (verantwortlich); Pamela B. Brandt

Gestaltung: Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln
Titelbild: links: Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen;
rechts: Karl Heinz Müller, aus: Leipziger Demontagebuch
Druck: Neef + Stumme, Wittingen

Text und Illustrationen sind urheberrechtlich geschützt.
Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei
vervielfältigt werden.
Bei allen gesondert bezeichneten Fotos und Karikaturen liegen die
Rechte nicht bei uns, sondern bei den Agenturen.

Haftungsausschluss: Die bpb ist für den Inhalt der aufgeführten
Internetseiten nicht verantwortlich.

1. Auflage: Februar 2003
ISSN 0944-8357
Bestell-Nr. 5.374



Eckart Thurich

17. Juni 1953 und Herbst 1989: zwei Revolutionen in der DDR

Liebe Frau Kollegin. lieber Herr Kollege,

der Aufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR gehört zu den Ereignissen, die in der deutschen Geschichte selten sind: Menschen erheben sich massenhaft gegen staatliche Willkür und Unterdrückung und fordern Freiheit und Demokratie. Der heutigen Schülergeneration ist dieses Datum wenig bekannt; ebenso wie die Tatsache, dass der 17. Juni bis 1990 der deutsche Nationalfeiertag, der „Tag der deutschen Einheit“ war.

Das Ihnen vorliegende Themenblatt behandelt schwerpunktmäßig den 17. Juni 1953 und rückt ihn in einen Zusammenhang mit der friedlichen Revolution von 1989/90 in der DDR.

17. Juni 1953 und Herbst 1989

Als im Herbst 1989 in der DDR grundstürzende Veränderungen in der Luft lagen, meldete sich auch die Erinnerung an den 17. Juni 1953 zurück: DDR-Bürgerrechtler beschworen westdeutsche Berichterstatter, „auf Kampfbegriffe wie ‘17. Juni’ und ‘Wiedervereinigung’ zu verzichten“, um blutige Repressionen der Machthaber nicht zu provozieren. Erich Mielke, Minister für Staatssicherheit der DDR, fragte am 31. August 1989 die Stasi-Chefs der Bezirke, die ihm über die fortschreitende Missstimmung in der Bevölkerung berichteten: „Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?“. Der sowjetische Spitzendiplomat Valentin Falin berichtet von einer Begegnung zwischen Michail Gorbatschow, Generalsekretär des ZK der KPdSU, und Erich Honecker am 27. Juni 1989 in Moskau: „Unser Generalsekretär ließ keinen Zweifel daran, dass es keine Wiederholung von 1953 geben werde.“

Dass 1989 die sowjetischen Truppen in der DDR in ihren Kasernen blieben und ihre Panzer nicht wie 1953 in Berlin, 1956 in Budapest und 1968 in Prag eine behauptete „Konterrevolution“ niederwalzten, wurde zur entscheidenden Voraussetzung für das Gelingen der friedlichen Revolution. Nachdem die Sowjetunion ihre schützende

Hand abgezogen hatte, erfüllte sich, was am 28. Juli 1970 der damalige sowjetische KP-Chef Leonid Breschnew Honecker prophezeit hatte: „Erich, vergiss das nie: Ohne uns gibt es keine DDR.“

Hinweise zum Arbeitsblatt A

Geschichtsbuchauszug 1 informiert über die Ereignisse am 17. Juni 1953, jedoch konnten aus Platzgründen die umfangreichen Ausführungen des Geschichtsbuches über die Ursachen des Aufstands nicht mit abgedruckt werden. Die Lage in der DDR, die sich im Juni 1953 in einer schweren inneren Krise befand, müsste deshalb ggf. in einem Lehrevortrag dargestellt werden. Dazu gibt es ein Online-Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung in Zusammenarbeit mit dem DeutschlandRadio und dem Zentrum für Zeithistorische Forschung unter www.17juni.de

Ursachen...

Die SED hatte im Juli 1952 den planmäßigen „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR nach sowjetischem Vorbild beschlossen. Der Staatsaufbau wurde zentralisiert, die fünf Länder durch 14 Bezirke ersetzt, die „Verschärfung des Klassenkampfes“ proklamiert. Dies bedeutete: Die Kollektivierung der Landwirtschaft wurde mit Zwangsmitteln vorangetrieben, der Druck auf mittelständische Unternehmer, Einzelhändler, Handwerker, selbstständige Rechtsanwälte verstärkt. (Sie erhielten z. B. ab 1. Mai 1953 keine Lebensmittelkarten mehr.) Oberschüler und Studenten, die sich zur „Jungen Gemeinde“ der evangelischen Kirche bekannten, wurden von Schulen und Universitäten verwiesen. In stalinistischer Manier wurde die politische Strafjustiz intensiviert.

Zum „Aufbau des Sozialismus“ gehörte der forcierte Aufbau einer Schwerindustrie zulasten der Konsumgüterindustrie. Dies führte zu Versorgungsengpässen großen Umfangs. Viele Menschen reagierten auf diese Entwicklung mit einer „Abstimmung mit den Füßen“. 1952 wanderten 182 000 nach Westdeutschland ab, im ersten Halbjahr 1953 226 000 (Gesamtzahl von Gründung der DDR bis zum Mauerbau am 13. 8. 1961: 2,7 Millionen).

Zwar waren bereits Ende Mai 1952 die DDR-Grenzen zu Westdeutschland militärisch abgeriegelt und Sperrzonen entlang der Grenze eingerichtet worden, doch war die Flucht über den Ostsektor Berlins (= „Hauptstadt der DDR“) in die Westsektoren der Stadt weiterhin möglich. Am 5. März 1953 starb Stalin. Die auf ihn folgende, kollektive Sowjetführung – Malenkow, Chruschtschow, Molotow, Berija – kritisierte den forcierten Aufbau des Sozialismus in der DDR als eine „fehlerhafte politische Linie“, die „ernste Unzufriedenheit“ unter den breiten Massen zur Folge gehabt hätte.

Nach wiederholten Interventionen aus Moskau gestand das irritierte SED-Politbüro am 9. Juni 1953 „ernste Fehler“ ein und verkündete einen „Neuen Kurs“. Repressionsmaßnahmen gegen Bauern, Handwerker, Kleinunternehmer und Gewerbetreibende wurden ausgesetzt, beschlagnahmte Bauernhöfe und Geschäfte zurückgegeben, Urteile überprüft, Verhaftete entlassen, die Maßregelungen gegen Mitglieder der „Jungen Gemeinde“ zurückgenommen.

Während dem Mittelstand so taktische Zugeständnisse gemacht wurden, traf dies für die Arbeiter nicht zu: Die erwartete Rücknahme einer Normenerhöhung um durchschnittlich mindestens 10% blieb aus. Sie war im Mai 1953 vom ZK der SED und dem Ministerrat beschlossen worden, um für den „Aufbau des Sozialismus“ die Arbeitsproduktivität zu steigern. Die Normenerhöhung bedeutete weniger – wie Geschichtsbuchtext 1 meint – eine Verlängerung der Arbeitszeit, als vielmehr eine erhebliche Lohnsenkung, weil ab 1. Juni 1953 Prämien für Übererfüllung der (alten) Norm wegfielen.

... und Verlauf des Aufstands

Am 15. Juni 1953 legten in Ost-Berlin die Bauarbeiter auf Block 40 der Stalin-Allee (heute Karl-Marx-Allee) zeitweilig die Arbeit nieder und beschlossen eine Resolution an DDR-Ministerpräsident Grotewohl, in der die Aufhebung der Normenerhöhung verlangt wurde.

In die schon aufgeheizte Stimmung platzte ein Zeitungsartikel, den die Gewerkschaftszeitung „Tribüne“ am 16. Juni 1953 veröffentlichte. In ihm rechtfertigte ein führender Gewerkschaftsfunktionär noch einmal ausdrücklich die Normenerhöhung. Dieser Artikel löste am Morgen des 16. Juni 1953 einen Protestzug von zunächst etwa 80 Arbeitern des Block 40 der Stalinallee aus, der, als er das Haus der Ministerien (heute Bundesfinanzministerium) erreicht hatte, bereits auf mehrere Tausend angeschwollen war. Galt anfangs noch die Losung „Nieder mit den Normen“, so erhoben Sprecher jetzt zunehmend politische

Forderungen: Rücktritt der Regierung, freie und geheime Wahlen. Spontan wurde ein Generalstreik am 17. Juni gefordert.

In dieser Situation beschloss das am 16. Juni turnusmäßig tagende Politbüro der SED, die Normenerhöhung zurückzunehmen. Trotzdem griffen am 17. Juni die Arbeitsniederlegungen auf nahezu alle Betriebe in Ost-Berlin über. Demonstranten bestimmten das Stadtbild, forderten „Weg mit [SED-Chef] Ulbricht“ und „Freie Wahlen“. Es kam zu Übergriffen, SED-Symbole und Transparente wurden abgerissen und teilweise verbrannt, SED-Agitatoren verprügelt. Um 13.00 verkündete der sowjetische Stadtkommandant den Ausnahmezustand. Menschenansammlungen von mehr als drei Personen wurden verboten, von 21.00 bis 5.00 herrschte Ausgangssperre. Sowjetische T 34 -Panzer fuhren auf, nun griff auch die „Kasernierte Volkspolizei“ ein, die Vorgängertuppe der „Nationalen Volksarmee“. Der Aufstand wurde erstickt, der Ausnahmezustand blieb in Ost-Berlin bis zum 11. Juli bestehen.

In der DDR wurde aus Solidarität mit Berlin am 17. Juni 1953 in etwa 600 Betrieben gestreikt. Schwerpunkte waren die Industriegebiete um Halle, Leipzig und Gera. Der Organisationsgrad in der DDR war teilweise höher als in Berlin: An vielen Orten entstanden regionale und vereinzelt auch überregionale Streikkomitees, die zeitweilig die örtliche Macht übernahmen. Auch auf dem Lande kam es zu Protesten, in Mühlhausen demonstrierten ca. 2000 Bauern.

Noch über den 17. Juni hinaus dauerten an verschiedenen Orten Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen an. Insgesamt war es zwischen dem 17. und 21. Juni in über 560 Ortschaften der DDR zu Aktionen gekommen. Nach Niederschlagung des Aufstandes setzte eine erbarmungslose Verfolgung der Oppositionellen ein. Schon bei den Verhaftungen kam es zu z.T. schwersten Misshandlungen. Gegen etwa 1600 Teilnehmer des 17. Juni verhängten DDR-Gerichte teilweise hohe Freiheitsstrafen. Erst 1964 wurden die letzten Verurteilten entlassen bzw. von der Bundesregierung freigekauft. Zwei waren zum Tode verurteilt und hingerichtet worden.

DDR-Interpretation des 17. Juni

Nachdem der Inhalt von Geschichtsbuchtext 1 gesichert und ggf. im Unterrichtsgespräch ergänzt worden ist, lesen die Schülerinnen und Schüler Geschichtsbuchtext 2.

Er ist 1987 erschienen, wie Text 1 bei „Volk und Wissen“. Vor der Textanalyse sollte – als Teil allgemeiner Medien-erziehung – bewusst gemacht werden, dass auch heutzutage jede Form von historischer Darstellung (Text, Film, TV-Dokumentation) nicht nur Tatsachen, sondern zugleich – oft unausgesprochen – Interpretationen und Wertungen transportiert, die es zu erkennen gilt. Allerdings sorgen die Freiheit der Wissenschaft und der Wettstreit unterschiedlicher Deutungen dafür, dass allzu bizarre Geschichtsinterpretationen und -verbiegungen auf Dauer keinen Bestand haben.

Nicht so in Diktaturen. Die in Geschichtsbuchtext 2 ausgebreitete Agententheorie ist eine von der DDR-Staatspartei verordnete Erklärung für eine im „Arbeiter -und Bauernstaat“ eigentlich unerklärliche Tatsache: Die „herrschende Klasse“, die Arbeiter, erhebt sich gegen den „Vortrupp der Arbeiterklasse“, die SED. Die Agententheorie ist unhaltbar, selbst in einem von den ehemaligen Stasi-Generälen Irmiler, Opitz und Schwanitz herausgegebenen eher apologetischen Werk [*Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS. Berlin 2002*], heißt es zu diesen Erklärungsversuchen: „Sie gipfelten in der nicht den Tatsachen entsprechenden und damit falschen Feststellung, es habe sich bei diesen Ereignissen um eine faschistische Provokation, einen faschistischen Putsch äußerer und innerer Feinde, um das Werk imperialistischer Geheimdienste, besonders der USA und der BRD gehandelt.“

Die bewusst offen formulierte Arbeitsaufgabe fordert die Schülerinnen und Schüler auf, zunächst einen Gesamteindruck zu formulieren. In der anschließenden Einzeluntersuchung sollen Beispiele am Text gefunden werden, die die Verzerrungstechniken verdeutlichen: Diffamierende Wortwahl, Behauptungen, die mit unverhältnismäßig in den Vordergrund gerückten Tatsachen gestützt werden, während entgegenstehende Tatsachen weggelassen oder heruntergespielt werden.

Arbeiter-oder Volksaufstand?

Während lange die Meinung vorherrschte, der 17. Juni 1953 sei „nur“ ein Arbeiteraufstand gewesen, wies der einstige DDR-Bürgerrechtler Neubert 1997 (vgl. Literaturverzeichnis) darauf hin, dass angesichts der zweifelsfrei starken Beteiligung der Arbeiterschaft leicht übersehen werde, dass auch Bauern sich an den Protesten beteiligten, ebenso Handwerker, Kleinunternehmer, Angestellte, Studenten. Die Listen der nach dem Aufstand Verhafteten spiegelten in etwa die soziale Struktur der DDR wider:

3500 Arbeiter, ca. 1800 Angestellte, Bauern, Selbstständige. „Der 17. Juni war daher für die Arbeiter auch ein politischer Arbeitskampf, insgesamt aber der Aufstand der Bevölkerung gegen das totalitäre System.“

Hinweise zum Arbeitsblatt B

Die Schülerinnen und Schüler analysieren zunächst die 10 Bitterfelder Forderungen. Sie sind repräsentativ, decken sich mit den politischen Kernaussagen der Demonstranten in der gesamten DDR.

Wichtig: Nur eine (6) ist wirtschaftlicher/sozialpolitischer Art (ähnlich z.B. in Dresden). Der Meinung des Geschichtsbuchs (Text 1) ist deshalb zu widersprechen, neben wirtschaftlichen/sozialpolitischen Forderungen seien *auch* politische Forderungen gestellt worden. Sie standen vielmehr am 17. Juni im Zentrum, nachdem die Rücknahme der Normenerhöhung bereits am 16. Juni durchgesetzt war. Eine der politischen Forderungen war stets auch, die deutsche Einheit wiederherzustellen. Freie Wahlen in der DDR – so die Vorstellung – würden sie zwangsläufig zur Folge haben. Die als Übergangslösung zu verstehenden Forderungen 4, 7 und 10 machen dies deutlich. (Vielfach, so auch in Bitterfeld, wurde als Bekenntnis zur deutschen Einheit das Deutschlandlied gesungen.)

Nach der Analyse können die Übereinstimmungen mit den Forderungen von 1989 herausgearbeitet werden („Rücktritt der Regierung“/ „Führungswechsel“; „Freie Wahlen“). Das Bekenntnis zur Einheit Deutschland verband sich 1989 mit dem Wandel der Parole „Wir sind das Volk“ zu „Wir sind ein Volk“. Die ersten freien Wahlen in der DDR im März 1990 hatten dann tatsächlich schon am 23. 8. 1990 den Volkskammerbeschluss zur Folge, durch Beitritt der DDR zur Bundesrepublik die Einheit Deutschlands wiederherzustellen.

In einem zweiten Arbeitsschritt kann die Rolle der sowjetischen Truppen 1953 und 1989 beleuchtet werden. Ihr Eingreifen 1953 wird mit einem Bild- und einem Textdokument illustriert. Dem gegenüber steht im Aufgabenteil die Gorbatschow-Äußerung von 1989.

Die Sowjets hatten 1953 mit immerhin 16 eingesetzten Divisionen den Volksaufstand erstickt. Mindestens 18 Aufständische (andere sprechen von mindestens 40) wurden von ihnen standrechtlich erschossen. Durch Waffengebrauch sowjetischer Truppen kamen 24 Menschen ums Leben, acht durch den der Volkspolizei (andere sprechen von insgesamt mindestens 50). Sowjetische Soldaten, die sich geweigert hatten, auf Demonstranten zu schießen, sollen ebenfalls exekutiert worden sein. Nach Angaben des MfS wurden vier Angehörige der Volkspolizei bzw.

Stasi getötet. Andere Untersuchungen sprechen von 10 Toten bei den Sicherungskräften und insgesamt mindestens 125 Todesopfern.

Fazit

Als entscheidende Schwäche des Aufstands vom 17. Juni 1953 wird in der Literatur das Fehlen zentraler Führungsstrukturen angesehen. Die Zeit hat gefehlt, sie nach dem spontanen Ausbruch allgemeiner Unzufriedenheit aufzubauen. Die beiden wichtigsten politischen Ziele stimmten allerorts überein – Regierungswechsel und freie Wahlen –, aber es fehlten Pläne für ein organisiertes Vorgehen, Koordination der Einzelaktionen, auch theoretische Vorarbeit, welches Endziel erreicht werden sollte.

Für die Erlebnisgeneration des 17. Juni in der DDR wurde die Niederschlagung des Aufstandes durch sowjetische Truppen zum Beweis dafür, dass kollektiver Widerstand gegen das SED-Regime sinnlos und Unterstützung aus dem Westen nicht zu erwarten sei. 30 Jahre später war dieses depressive Erlebnis verblasst und eine neue Generation herangewachsen, der in einer veränderten politischen Gesamtsituation gelang, was 1953 misslungen war.

Anhang:



Zeichnung: Josef Partykiewicz 1953



Zeichnung: Walter Hanel 1989



Bildunterschriften: Demonstrationen am 17. Juni 1953

1. Halle (Quelle: Zeit-Geschichte e.V. in Halle, hrg. mit Unterstützung der Landesbeauftragten für Stasiunterlagen.)
2. Leipzig am Rathaus (Bundesarchiv Koblenz)
3. Magdeburg, Hasselbachplatz (Süddeutscher Verlag)
4. Jena (Süddeutscher Verlag)

Eckart Thurich

17. Juni 1953 und Herbst '89

Von 1949 bis 1990 existierten zwei Staaten in Deutschland: die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik (DDR). In der DDR übte die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) eine Parteidiktatur aus. Freie Wahlen gab es nicht. Am 17. Juni 1953 erschütterte ein Aufstand die SED-Herrschaft. Er wurde niedergeschlagen. Erst in einer veränderten welt-politischen Lage konnten die Menschen in der DDR sich 1989 von der kommunistischen Diktatur befreien. Ihr erstes frei gewähltes Parlament beschloss 1990 den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland.

[1] Wer heute in Leipzig in die 10. Klasse geht, kann in seinem Geschichtsbuch Folgendes lesen:

Am 17. Juni 1953 brach in der DDR spontan ein Aufstand aus. Über 500 000 Menschen an nahezu 400 Orten beteiligten sich an Streiks, mehr als 400 000 an Demonstrationen. [...]

Am 16. Juni 1953 traten die Bauarbeiter des Projekts „Sozialistische Wohnkultur“ an der Stalinallee in Berlin in den Ausstand. Vor dem Haus der Ministerien demonstrieren sie gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen und damit gegen die Verlängerung ihrer Arbeitszeit. Durch Kuriere und westliche Medien wurde die Nachricht von dem Berliner Streik schnell verbreitet. Obwohl die überraschte SED-Führung nun die Normerhöhung zurücknahm, weitete sich der Streik innerhalb kurzer Zeit zu einer großen Protestwelle aus: An nahezu 400 Orten der DDR fanden Demonstrationen statt. Neben wirtschaftlichen und sozialpolitischen wurden auch politische Forderungen gestellt. Am Mittag des 17. Juni griffen sowjetische Truppen mit Panzern ein. In 160 Stadt- und Landkreisen wurde der Ausnahmezustand verhängt. Versammlungen waren verboten, es galt das Kriegsrecht. Nach wenigen Tagen war der Aufstand gewaltsam niedergeschlagen.

Geschichte plus. Klasse 10. Verlag Volk und Wissen, Berlin 2002, S. 68 f.

1. Lesen Sie bitte aufmerksam den Text 1 und entscheiden Sie: Handelte es sich am 17. Juni 1953 in Ostberlin und der DDR um einen ganz normalen Streik von Arbeitnehmern gegen Mehrarbeit und Lohnsenkung oder um einen Volksaufstand? Bitte begründen Sie!

2. Vergleichen Sie die Texte 1 und 2. Wo sehen Sie den Hauptunterschied?

3. Notieren Sie Einzelheiten:

- Welche Tatsachen werden in Text 2 nicht erwähnt?
- Welche Tatsachen werden besonders herausgestellt, welche treten zurück?
- Wird mit dem, was Sie ermittelt haben, ein bestimmter Zweck verfolgt? Welcher könnte das sein?

[2] Wer vor 15 Jahren in Leipzig in eine 10. Klasse ging, erfuhr Folgendes:

Anfang 1953 kam es [...] zu Störungen in der Wirtschaft der DDR. Das brachte auch größere Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung mit sich, was zeitweilig zu Unzufriedenheit und Missstimmung unter den kleinbürgerlichen Schichten der Bevölkerung, aber auch unter Teilen der Arbeiterklasse führte. Das Politbüro des Zentralkomitees der SED (9. Juni 1953) und der Ministerrat der DDR (11. Juni 1953) legten unverzüglich Maßnahmen zur Überwindung der Schwierigkeiten fest. In dieser Situation entschlossen sich die imperialistischen Kräfte zu einem konterrevolutionären Putschversuch gegen die DDR, ehe die Maßnahmen von Partei und Regierung Erfolge aufweisen konnten.

Am 17. Juni 1953 gelang es Agenten verschiedener imperialistischer Geheimdienste, die von Westberlin aus zahlreich in die Hauptstadt und einige Bezirke der DDR eingeschleust worden waren, in der Hauptstadt und in verschiedenen anderen Orten der Republik einen kleinen Teil der Werktätigen zu zeitweiligen Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen zu bewegen. In einigen Städten plünderten Gruppen von Provokateuren und Kriminellen. Sie legten Brände, rissen Transparente herunter, misshandelten und ermordeten Funktionäre der Arbeiterbewegung, holten verurteilte Kriegsverbrecher aus Gefängnissen und forderten den Sturz der Arbeiter- und Bauern-Macht. Doch der junge sozialistische Staat bestand unter Führung der Partei auch diese Belastungsprobe. Die Mehrheit der Arbeiterklasse und der Bevölkerung stand zu ihrem Staat.[...] Durch das entschlossene Handeln der fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten gemeinsam mit sowjetischen Streitkräften und bewaffneten Organen der DDR brach der konterrevolutionäre Putsch innerhalb von 24 Stunden zusammen.

Geschichte. VEV Volk und Wissen. Berlin 1987, Seite 129 f.



Bildunterschriften zu Arbeitsblatt A:**Demonstrationen am 17. Juni 1953**

1. Halle (Quelle: Zeit-Geschichte e.V. in Halle, hrg. mit Unterstützung der Landesbeauftragten für Stasiunterlagen.)
2. Leipzig am Rathaus (Bundesarchiv Koblenz)
3. Magdeburg, Hasselbachplatz (Süddeutscher Verlag)
4. Jena (Süddeutscher Verlag)



Berlin, Unter den Linden (Süddeutscher Verlag)



Berlin, Leipziger Straße: Russische Panzer vor dem Haus der DDR-Ministerien, heute Bundesfinanzministerium (Bundesarchiv, Koblenz).

Nr. 88	Telegramm	Deutsche Post
2288 BITTERFELD 127 17 1450 =		
Auftraggeber Mittel W. 53 15 53	AN DIE REGIERUNG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK BERLIN	Halle
Haupttelegraphenamt Berlin		

DIE WERKTAETIGEN DES KREISES BITTERFELD FORDERN : 1. SOFORTIGER RUECKTRITT DER REGIERUNG DIE DURCH WAHLMANOEVER AN DIE MACHT GEKOMMEN IST 2. EINSETZUNG EINER PROVISORISCH-DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REGIERUNG 3. FREIE DEMOKRATISCHE GEHEIME UND DIREKTE WAHLEN IN 4 MONATEN 4. ZURUECKZIEHUNG DER DEUTSCHEN POLIZEI VON DEN ZONENGRENZEN UND SOFORTIGER DURCHGANG FUER ALLE DEUTSCHEN 5. SOFORTIGE FREILASSUNG DER POLITISCHEN HAEFFLICHE (KIRCHE, WELTLICHE ANSCHAUUNG SOGENANNT WIRTSCHAFTSVERBRECHER) UND RUECKKEHR ALLER GEFANGEN AUS ALLER WELT 6. SOFORTIGE NORMALISIERUNG DES LEBENSSTANDARDS OHNE LOZNSENKUNG 7. ZULASSUNG ALLER GROSSEN DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN PARTEIEN WESTFUTSCHLANDS IN UNSERER ZONE 8. KEINE REPRASSALIEN GEGEN DIE STREIKENDEN 9. SOFORTIGE ANSCHAFUNG DER SOGENANNTEN VOLKSARMEE 10. ZULASSUNG DER DELEGATION AUS DER OSTZONE DIE EINE DER WESTDEUTSCHEN PARTEIEN GRUENDEN WOLLEN DAS STREIKKOMITEE DES KREISES BITTERFELD +

Quelle: BStU, Ast. Halle, Au 13/54, Bd. 2a, Bl. 165, 166

Bekanntmachung des Militärkommandanten der Stadt Magdeburg

Ich mache hiermit bekannt, daß die Einwohner der Stadt Magdeburg, Dartsch, Alfred, und Strauch, Herbert, wegen der aktiven provokatorischen Handlungen am 17. Juni 1953, die gegen die festgelegte Ordnung gerichtet waren, als auch wegen der Teilnahme an den banditischen Handlungen vom Gericht des Militärtribunals zum Tode durch Erschießen verurteilt worden sind.

Das Urteil ist am 18. Juni 1953 vollstreckt worden.

Der Militärkommandant der Stadt Magdeburg

1. Vergleichen Sie die politischen Forderungen des Streikkomitees Bitterfeld vom 17. Juni 1953 mit den Losungen auf der Leipziger Montagsdemonstration vom 9. Oktober 1989 (siehe unten). Wo sehen Sie Übereinstimmungen?
2. Was meinte der sowjetische Parteichef Gorbatschow mit seiner Äußerung am 27.6.1989 gegenüber DDR-Parteichef Honecker, „dass es keine Wiederholung von 1953 geben werde.“? Wie schätzen Sie die Bedeutung dieser Ankündigung ein?

Losungen der Demonstranten am 9. Oktober 1989

Wir sind das Volk!
Keine Gewalt!
Demokratie jetzt oder nie!
Wir wollen Reformen!
Freie Wahlen!
Führungswechsel!
Lasst die Gefangenen frei!
Stasi raus!
Polizisten, schließt euch an!



Literaturhinweise

- Hagen, Manfred: DDR Juni '53. Die erste Volkserhebung im Stalinismus. Stuttgart 1992
- Kowalczyk, Ilko-Sascha/Mitter, Armin/Wolle, Stefan: Der Tag X – 17. Juni 1953. 2. Aufl. Berlin 1996
- Kowalczyk, Ilko-Sascha/Wolle, Stefan: Roter Stern über Deutschland. Sowjetische Truppen in der DDR. Ch. Links Verlag. Berlin 2001
- Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 – 1989. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Band 346/ Ch. Links Verlag. Bonn/Berlin 1997
- Roth, Heidi: Der 17. Juni 1953 in Sachsen. Köln 1999
- Spittmann, Ilse/Fricke, Karl Wilhelm: 17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR. Edition Deutschland-Archiv im Verlag Wissenschaft und Politik. Köln, 2. Aufl. 1988
- Spittmann, Ilse/ Helwig, Gisela: DDR- Lesebuch 2. Stalinisierung 1949–1955. Edition Deutschland-Archiv im Verlag Wissenschaft und Politik. Köln 1991
- Landeszentralen für politische Bildung, Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes und regionale Arbeitskreise haben verschiedentlich Publikationen zum 17. Juni 1953 in ihrer jeweiligen Region veröffentlicht bzw. unterstützt, u.a.:
- Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen Anhalt: Sachbeiträge (17): Heidemarie Schmidt/Paul Werner Wagner: „... man muss doch mal zu seinem Recht kommen. Paul Othma- Streikführer am 17. Juni 1953 in Bitterfeld. 2. Aufl. Magdeburg 2002
- Zeit-Geschichte(n) e.V. – Verein für erlebte Geschichte Halle/Saale (mit Unterstützung der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen Anhalt): Der 17. Juni 1953 in Halle- ein Tag der Zivilcourage. Halle/Saale 2001 Daneben die Liste der lieferbaren Themenblätter.

Internet- und Kontaktadressen

→ www.17juni53.de

Ausführliches multimediales Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung in Zusammenarbeit mit DeutschlandRadio und dem Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam. Dazu gehört auch eine umfassende Linkliste zu Forschungsstätten, Archiven, Medienzentren, Projekten etc.

Bundeszentrale für politische Bildung

Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn

Tel. 0 18 88/5 15 - 0

Fax 0 18 88/5 15 - 1 13

→ www.bpb.de

→ www.fluter.de (Jugendportal der bpb)

→ www.politische-bildung.de (online-Portal der Landeszentralen und der bpb)



Bestellcoupon

Achtung: Neue Versandbedingungen! Bis 1 kg kostenlos und portofrei, bei 1-15 kg Portobeitrag von ca. 4,60 EUR per Überweisung nach Erhalt.

- Bestell-Nr.: 5.373 _____ Nr. 23: Koalieren und Regieren.
 Bestell-Nr.: 5.374 _____ Nr. 24: 17. Juni 1953 und Herbst '89.
 Bestell-Nr.: 5.375 _____ Nr. 25: Heimat ist, wo ich mich wohlfühle.
 Bestell-Nr.: 5.376 _____ Nr. 26: Bevölkerungsentwicklung und Sozialstaat
 Bestell-Nr.: 5.377 _____ Nr. 27: Aktien – Chancen und Risiken
 Bestell-Nr.: 5.378 _____ Nr. 28: Globalisierung – Ängste und Kritik

_____ Exemplare Bestell-Nr. _____
 _____ Exemplare Bestell-Nr. _____
 _____ Exemplare Bestell-Nr. _____

Alle Themenblätter im Unterricht sind auch im Internet unter
→ www.bpb.de (Publikationen).

- Bestell-Nr. 5.317 _____ „Grundgesetz für Einsteiger und Fortgeschrittene“,
Arbeitsmappe mit 32 aktivierenden Arbeitsblättern
(Bestellmöglichkeit: max. ein Klassensatz)
- Bestell-Nr. 5.340 _____ Exemplare „Methoden-Kiste“
- Bestell-Nr. 5.350 _____ Exemplare Themenblätter für die Grundschule:
Mädchen und Jungen sind gleichberechtigt (doppelseitiges buntes
Wimmelarbeitsblatt; pro Ausgabe 15fach).

Verzeichnis der lieferbaren Unterrichtsmaterialien,
Bestell-Nr. 999 (wird ca. alle 6 Wochen aktualisiert)

Jede Ausgabe enthält das Arbeitsblatt 26 fach!

Liebe Leute,

im Juni 2003 erscheint der nächste **Timer für das Schuljahr 2003/2004!**

Der Timer hat wieder 160 bunte Seiten im DIN A -5-Format mit Serviceteil (Stundenpläne, Ferienkalender, Tipps, Adressteil, Landkarten und vieles mehr), dazu für 53 Wochen spannend gestaltete Doppelseiten mit Fotos und Infos zu allen Wochentagen (und die in 53 Sprachen) aus Politik und Zeitgeschichte, Gesellschaft und Kultur. Zum Hausaufgaben- und Termine reinschreiben.

Wir bieten 4 verschiedene Pakete an, für die folgende Bereitstellungspauschalen erhoben werden (die beinhalten die angegebene Stückzahl sowie Porto- und Versandkosten):

- Paket A zu 8,- Euro mit 4 Exemplaren
- Paket B zu 10,- Euro mit 10 Ex.
- Paket C zu 40,- Euro mit 70 Ex. (Bestellung bis 1. Mai 2003 und nur an Schuladressen)
- Paket D zu 50,- Euro mit 70 Ex. (privat sowie Bestellungen nach dem 1. Mai).

Per E-Mail kann man auch bestellen: timer@bpb.de
Lieferung ab Juni 2003.

Bezahlen kann man dann mit dem mitgeschickten Überweisungsformular auf dem Lieferschein oder per Onlinebanking.

Weitere Info unter: www.bpb.de

Bestellcoupon

ausschneiden und bis 31.8.03 senden an:
bpb-Timer, Postfach 2345, 53013 Bonn.
(Fax geht leider nicht, weil das keine 5000 Bestellungen aushält!)

Hiermit bestelle ich den Timer 2003/2004

- Pakete A zu 8,- Euro
- Pakete B zu 10,- Euro
- Pakete C zu 40,- Euro (bis 1. Mai und nur an Schuladressen)
- Pakete D zu 50,- Euro (privat und alle ab 1. Mai) jeweils Porto und Versandkosten inklusive

Lieferung: egal sofort Juli August September 2003

an meine Schule/Schulstempel zu Händen:

an mich privat

Name:

Straße:

PLZ: D- Ort:

Unterschrift:.....



(yippieh!)

Achtung!
Lieferung nur an Inland-Adressen.

Fax: 0 89-5 11 72 92
E-Mail: infoservice@franzis-online.de

Firma
Franzis' print & media
Postfach 15 07 40

80045 München

Lieferanschrift (nur Inland-Adressen!)

SCHULE PRIVAT

VORNAME:

NAME:

KLASSE/KURS:

SCHULE:

STRASSE:

PLZ/ORT: